



INTERFRAKTIONELLER ANTRAG DER GRÜNEN FRAKTION UND DEN STADTRÄTEN VON KI, UBV UND ÖDP

An den Oberbürgermeister
der Stadt Aschaffenburg
Herrn Jürgen Herzing

(per Mail)

Den Medien zur Kenntnis

*Thomas Giegerich
Gabriele Fleckenstein
Rosi Ruf
Johannes Büttner
Nicole Holzheu
Katharina Koch
Moritz Mütze
Thomas Mütze
Niklas Wagener
Stefan Wagener*

Jürgen Zahn

Bernhard Schmitt

Lothar Blatt

Aschaffenburg, 13.09.2024

Antrag - Unterrichtung des Stadtrats über „geloste kommunale Bürgerräte“ – ein Instrument zur frühzeitigen Beteiligung der Stadtgesellschaft zu ausgewählten Themen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die grüne Stadtratsfraktion und die Stadträte von KI, ÖDP und UBV beantragen:

Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat in öffentlicher Sitzung über Nutzen und Grenzen einer Bürgerbeteiligung durch per Losverfahren gebildete Bürgerräte.

Für die Vorbereitung und Unterrichtung des Stadtrats soll der Landesverband "Mehr Demokratie e.V. Bayern" unterstützend hinzugezogen werden (siehe Anhang).

Im Rahmen der Unterrichtung sollen folgende Fragen vertieft erläutert werden:

1. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen gibt es für die Implementierung geloster Bürgerräte?
2. Nach welchen Verfahren werden Personen ausgewählt und der Bürgerrat zusammengestellt?



3. Welche Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele aus anderen bayerischen Städten mit gelosten Bürgerräten liegen vor?
4. Welche Aufgaben und Funktionen haben geloste Bürgerräte?
5. Mit welchen Vorlaufzeiten und Kosten ist bei der Einführung geloster Bürgerräte in Aschaffenburg zu rechnen?
6. Welche konkreten Themen könnten sich nach Auffassung der Stadtverwaltung für die Erörterung in einem Bürgerrat eignen?

Begründung:

Unsere Demokratie bleibt lebendig, wenn die Bürgerinnen und Bürger politische Entscheidungsprozesse nicht nur interessiert verfolgen, sondern sich auch aktiv in die politische Meinungsbildung einbringen.

Auf Ebene der Kommunen wurde mit dem Instrument der Bürgerversammlung (Artikel 18 Gemeindeordnung) die Möglichkeit geschaffen, die Bürgerschaft in die Vorbereitung politischer Entscheidungen einzubeziehen. Allerdings ist dieses bürgerschaftliche Mitberatungsrecht wegen der nur punktuellen Einbindung der Bürgerschaft nicht dafür geeignet, ein breites gesellschaftliches Meinungsbild widerzuspiegeln. Die Einholung eines solchen repräsentativen Meinungsbildes kann aber für die politischen Entscheidungsträger wertvoll sein, wenn Entscheidungen zu zukunftsweisenden und kontrovers diskutierten Themen zu treffen sind. So befasst sich etwa aktuell in der Stadt München ein Bürger*innenrat mit dem Thema der nachhaltigen Stadtentwicklung („lebenswertes München der Zukunft“).

Nach unserer Auffassung können wir die Transparenz und Akzeptanz von anstehenden Entscheidungen steigern, wenn wir unsere Stadtgesellschaft im Rahmen eines strukturierten Diskussionsformats in die Vorbereitung grundlegender Richtungsentscheidungen einbeziehen („dialogische Bürgerbeteiligung“). Der Landesverband "Mehr Demokratie e.V. Bayern" hat sich bereit erklärt, Nutzen und Grenzen einer dialogischen Bürgerbeteiligung darzustellen und die Stadtverwaltung bei der Erarbeitung und Durchführung der Unterrichtung kostenlos zu unterstützen (Ansprechpartner: Herr Jan Renner, E-Mail: jan.renner@mehr-demokratie.de).

Daher bitten wir Sie, unseren Antrag zeitnah dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Nicole Holzheu
Die Grünen

Jürgen Zahn
KI

Bernhard Schmitt
ÖDP

Lothar Blatt
UBV

Anhang:

Mehr Demokratie e.V Bayern, Landesgeschäftsführer und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Bayern, Jan Renner, Tel: 089-4622-4205

E-Mail: jan.renner@mehr-demokratie.de